

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: A. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitschrift oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Kleinanzeigen 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenpfeiffer & Vogler  
G. L. Daube, Invalidentank, Berlin Bernh. Arndt, Max  
Germann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Mies,  
Halle a. S. J. L. Bark & Co., Hamburg Joh. Nootbaar, A.  
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-  
furt a. M. Heine, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

## Deutschland.

**Berlin, 10. November.** Ueber den Handels-  
vertrag mit Rußland liegt dem gegenwärtig  
tagenden Handelsrathe des Reichs die Sach-  
nach dem „Dresdener Journal“ folgender Bericht  
des Abgeordneten Dr. von Frege vor:

„Der Ausschuss geht davon aus, daß als  
Grundlage für den Vertrag russischerseits die  
Herabminderung der Rußland gegenüber bestehen-  
den Zölle (Art. 21. Dezember 1887)  
für Getreide, Holz und Vieh auf diejenigen Sätze  
gewünscht werde, welche durch die Handelsverträge  
mit Österreich-Ungarn und Italien vom 1. Fe-  
bruar d. 3. diesen und den meistbegünstigten  
Staaten zugesprochen sind, und außerdem die Ge-  
währung derselben Erleichterung für die Viehein-  
fuhr erstrebt werde, wie solche vertragsmäßig  
Österreich-Ungarn zugesprochen wurde. Da bereits  
heute das Gebiet, für welches die niedrigeren  
Zölle der Handelsverträge in Kraft sind, sehr  
ausgedehnt ist, so würde die Gewährung gleicher  
Zölle auch an Rußland einer allgemeinen  
Herabsetzung des deutschen Zolltarifs hinsichtlich  
der landwirtschaftlichen Produkte gleichkommen.  
Der Ausschuss stellt fest, daß die Befürchtungen,  
welche aus dem Abschluß der Handelsverträge mit  
Österreich-Ungarn abgeleitet wurden, sich wäh-  
rend der letzten Jahre ihres bisherigen Bestehens  
als vollständig begründet erwiesen, insbesondere  
eine erhebliche Abminderung der Getreidepreise  
verursacht haben, so daß diese schon jetzt einen  
ebenso niedrigen Stand erreicht hätten, wie in  
dem Jahre 1885, und sich rasch dem Preisstande  
der Jahre 1886 und 1887 näherten, wo die durch  
verursachte Nothlage der deutschen Land-  
wirtschaft als dringliche Veranlassung diente, um  
durch Erhöhung des Zolltarifs vom 24. Mai  
1885 mittels Gesetzes vom 21. Dezember 1887  
die später durch die Handelsverträge wieder ab-  
geminderten Zölle auf Getreide günstiger zu ge-  
stalten. Der Eintritt Rußlands in den Wett-  
bewerb würde voraussichtlich durch Ueberfüllung  
des Marktes einen solchen Preisrückgang auslösen,  
daß die volle Wiederkehr der noch nicht ganz  
überwundenen gedrückten Lage der einheimischen  
Landwirtschaft mit Sicherheit zu erwarten sein  
würde, umso mehr, als an die Leistungsfähigkeit  
der letzteren durch die neuere Gesetzgebung, un-  
ter anderem die sozialpolitischen Gesetze, noch erhöhte  
Ansprüche gestellt worden seien. Das Ausfuhr-  
bedürfnis Rußlands sei zweifellos größer als  
das Einfuhrbedürfnis des deutschen Reichs, das  
vielleicht mit der Zeit vollständig verschwinden werde,  
wenn die deutsche Landwirtschaft in die Lage versetzt  
werde, daß sie sicher sei, ihre eigenen Erzeugnisse  
zu solchen Preisen verwerten zu können, daß ihr  
geheimliches Fortbestehen nicht in Frage gestellt  
würde und die nicht durch Veränderung ihrer  
Verhältnisse zur einheimischen Bevölkerung und  
ihres Verhältnisses gegenüber der Produktion des  
Auslandes fortgesetzt beeinträchtigt werde. Der Ab-  
schluß eines Handelsvertrages mit Rußland könnte  
nur auf Kosten der heimischen Landwirtschaft ge-  
hen und würde daher durch Verringerung der  
Kaufkraft derselben auch auf Handel und Industrie  
ungünstig zurückwirken; er könnte und würde un-  
zweifelhaft Rußland große Vorteile, Deutschland  
aber nur Nachteile bringen, umso mehr als beim  
Mangel einer parlamentarischen Vertretung in  
Rußland es jederzeit möglich sei, die Verträge  
abzuändern oder wirkungslos zu machen, ander-  
seits die schwankenden Valutaverhältnisse Rußlands  
schon jetzt die Schutzzölle zeitweise wirkungslos  
machen. Durch den Abschluß eines Handelsver-  
trages mit Rußland würde sich ein Anfall an  
den Zöllen im Betrage von jährlich 22 Millionen  
ergeben, die durch erhöhte Steuerbelastung der  
Einwohnerschaft des deutschen Reichs, darunter  
natürlich auch der durch die vermehrte Konkurrenz  
des Auslandes geschwächten Landwirtschaft, aus-  
geglichen werden müßte. Da auch für den Ab-  
schluß einer Konvention betr. der Viehein-  
fuhr mit Rußland die Verhältnisse nicht günstiger  
liegen, hauptsächlich in Folge des Fehlens eines  
gut durchgeführten und ausreichenden Veterinär-  
personals in Rußland, so beantragt der Ausschuss,  
an die künftige Staatsregierung das bringende  
Ansuchen zu stellen, bei der Reichsregierung da-  
hin wirken zu lassen, daß von dem Abschluß  
eines Handelsvertrages mit Rußland abgesehen  
werde.“

— Die verlesenen Bemerkungen des „Mit-  
telwundenblattes“ über den Werth der Landwehr  
haben in den weitesten Kreisen, man kann sagen,  
allgemein, den peinlichsten Eindruck hervorgerufen.  
Darauf zeugen Kundgebungen der verschiedensten  
Art und Herkunft. Eine Trappengattung, die  
in allen preussischen und deutschen Schlachten mit  
hohen Ehren bestanden hat, die den feinsten Schlüs-  
seln unserer Wehrkraft bildet, redet eigentlich  
das Volk in Waffen darstellend, sollte man nicht,  
wenn auch vereinzelt einmal eine Schwäche sich  
gezeigt hat, in dieser geringfügigen, im schles-  
testen Vortragsweise gehaltenen Weise behandeln.  
Und solche Angriffe auf eine der vornehmsten  
Einrichtungen in einem Augenblicke, da die Nation  
zu den gewaltigsten militärischen Opfern aufge-  
fordert wird, und geradezu als Befürwortung  
dieser ungeheuren Zumuthungen! Wenn es, was  
wir nicht hoffen und wünschen, zur Auflösung  
des Reichstages kommen sollte, so würden solche  
Ausfälle eine unheilvolle Wirkung ausüben; sie  
würden mit dem größten Erfolg von radikalen  
und zersetzenden Parteien ausgenutzt werden und  
die patriotische Hingebung gerade in solchen Volks-  
schichten lähmen, die als das feste Rückgrat  
unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung  
betrachtet werden müssen. Mit wie bitteren Ge-  
fühlen müssen viele Mitglieder unserer trefflichen  
Kriegervereine, alte Landwehrmänner, die mit  
Stolz auf ihre Kriegsthaten zurückblicken, solche  
Verunglimpfungen in dem ersten Nachhaken des  
Reiches vernehmen! Wenn man von der wachsenden  
Abneigung gegen den „Militarismus“ Wasser  
auf die Mühle leiten wollte, konnte es nicht  
besser als hier geschehen. Man fragt sich heut  
zu Tage fortwährend, wie sich die Regierung zu  
unangenehmen und unfähigen Leuten zur Ver-  
schönerung ihrer Räder und Vorhänge bedienen  
lassen kann!

— Der wiederholt besprochene Beschluß des  
Magistrats in Meisse, das städtische Realgym-  
nasium, das von 184 Schülern besucht wird, mit  
dem 31. März 1893 aufzulösen und die Lehrer  
von dem genannten Tage ab zur Disposition zu  
stellen, ist von dem Kultusminister „erlaubt“  
nicht genehmigt worden. — Der Kultusminister  
hat nun im „Reichs-Anz.“ dem Vorstehenden nach  
mitgeteilt, wie, greift auf eine Lenkung des  
Kultusministers zurück, die dieser am 17. Juni

d. 3. im Herrenhause that, als über die Besu-  
gung der Gemeinden, seine höhere Lehranstalt auf-  
zulösen, im Anschluß an die Vorlage über das  
Dienstvermögen der Lehrer an nichtstaatlichen  
höheren Schulen beraten wurde. Der Kultus-  
minister stellte dabei den Satz auf: „Die Unter-  
richtsverwaltung muß — bei dem Beschluß einer  
Stadt, ihre höhere Lehranstalt aufzulösen — sich  
vorbehalten, dafür zu sorgen, daß die Auflösung  
allmählich und ordnungsmäßig erfolgt.“ Unter  
diesem Vorbehalt erhielt das genannte Gesetz in  
§ 3 Abs. 2 die Bestimmung: „An den Befug-  
nissen der Gemeinden, die Auflösung der Anstalt  
zu beschließen, wird nichts geändert.“ Im weite-  
ren Vorlaufe enthält der Erlaß unter Hinweis  
auf die in Frage stehenden örtlichen Verhältnisse  
noch folgende Sätze von allgemeinerem In-  
teresse:

„Der Beschluß der städtischen Körperschaften  
liegt gänzlich davon ab, was aus den Schülern  
werden soll, die von ihren Eltern der städtischen  
Anstalt in dem Vertrauen überwiesen wurden,  
daß sie dort die für ihre beruflichen Lebensziele  
erforderliche Vorbildung erlangen könnten. Er  
läßt die Schüler von Untertertia aufwärts ins Freie  
fallen — Einheimische wie Auswärtige — und  
verweist die Schüler der unteren Klassen auf das  
Gymnasium, dessen Klassen gefüllt, zum Theil  
überfüllt sind, und welches die Eltern voraussicht-  
lich aus guten Gründen für ihre Kinder nicht  
gewünscht hätten. Ein solches Verfahren gut zu  
heißen ist für die Unterrichtsverwaltung nicht  
möglich. Wenn also die städtischen Körperschaften  
bei dem Beschluß beharren, daß das Realgym-  
nasium ohne außerordentlichen Erfolg aufgehoben  
werden solle, so kann dies nur in der Weise ge-  
schehen, daß zu Ostern 1893 die Sexta, ein Jahr  
später die Quinta und so fort aufgehoben wird.  
Die ohne meine Genehmigung erfolgten Rüh-  
mungsbeschlüsse an die Lehrer sind hiernach zurück-  
zunehmen, und falls durch das Eingehen der Sexta  
eine Vertheilung entbehrt werden sollte, so ist  
darauf eine Verständigung mit dem königlichen  
Provinzial-Schulcollegium zu suchen. Ich ver-  
stehe nicht, daß die dauernde Unterhaltung einer  
realistischen Vorschule die finanziellen Kräfte  
der Stadt sehr in Anspruch nimmt und vielleicht  
übersteigt. Auch zeigt der geringe Besuch der  
beiden Primen und der Ober-Sekunda (von zu-  
sammen 14 Schülern), daß eine solche Vorschule  
für Meisse nicht erforderlich ist. Über die Empfeh-  
lung der städtischen Körperschaften, nochmals erfolg-  
lich in Erwägung zu nehmen, ob die Umwandlung  
des Realgymnasiums in eine einfachere und  
weniger kostspielige Realanstalt mit sechsjähriger  
Studienzeit nicht im Interesse der Bürger der  
Stadt liegt. Die Frequenz von 170 Schülern,  
welche die jetzige Schule in den sechs Klas-  
sen von Sexta bis Unter-Sekunda zählt, weist  
deutlich auf das Bedürfnis nach einer Realanstalt  
hin, und es würde sehr zu beklagen sein, wenn  
als diejenigen Schüler, für deren künftigen Be-  
ruf der realistische Bildungsgang zweckmäßiger  
ist als der gymnasiale, auf einen falschen Weg  
gedrängt oder, da der Zulassung von Doppel-  
klassen an dem dortigen königlichen Gymnasium  
gewichtige Gründe entgegenstehen, von der Er-  
langung einer über die Ziele der Volksschule  
hinausgehenden Bildung überhaupt abgeschnitten  
würden. Auch vom finanziellen Gesichtspunkte  
aus verdient die Frage der Umwandlung des  
bortigen Realgymnasiums in eine einfachere  
Schulform eine ernste Erwägung. Denn wäh-  
rend bei dem Eintritt eines solchen Erlasses die  
überwiegende Zahl der heute an der alten Anstalt  
angestellten Lehrer an der neuen weiter arbeiten  
kann und die Ausgaben an Befoldungen durch  
die Einnahmen an Schulgeld theilweise gedeckt  
würden, müßten bei Aufhebung des Realgym-  
nasiums ohne anderneits Ersatz von der Stadt  
die durch den neuen Normal-Etat erhöhten Be-  
foldungen der Lehrer getragen werden, ohne daß  
diese Ausgabe durch eine Einnahme an Schulgeld  
erleichtert würde und ohne daß die Lehrer in der  
Lage wären, der Stadt durch ihre Arbeit eine  
Gegenleistung zu gewähren. Für absehbare Zeit  
also würde sich die Finanzlage der Stadt nicht  
bessern.“

— Bemerkenswerth ist die Art, wie der  
„Vorwärts“ seinen Feiern den Vorfall über  
die Explosion in Paris mittheilt, er schreibt:  
„Anarchistisches? In Paris fanden einige  
Pölgisten vor dem Geschäftsgebäude der Minen-  
gesellschaft von Carmaux eine Bombe, in Form  
eines Kochtopfs, brachten die Maschine auf das  
nächste Polizeikommissariat, wollten sie unter-  
suchen und verfahren dabei so ungeschickt, daß eine  
Explosion folgte, die zwei Agenten tötete, einen  
verwundete. Die Sache klingt etwas sonderbar,  
und deshalb haben wir hinter das „Anarchistische“  
ein Fragezeichen gesetzt.“

Wie es scheint, neigt der „Vorwärts“ eher  
zu der Ansicht, daß der beliebte Agent provocateur  
seinen Kollegen von der Polizei die Bombe in  
das Haus geschmuggelt habe.

— Der konfessionell-orthodoxe „Reichsbote“  
wehrt sich wiederholt lebhaft gegen die Ver-  
suche einzelner Kandidaten der Theologie, wie Goehre  
und Wangemann, als Arbeiter verkleidet die Ver-  
hältnisse der Arbeiter kennen zu lernen. Herr  
Göhringberger hat diese „Simulanten“ jüngst  
scharf gekennzeichnet, und der „Reichsbote“ läßt  
sich aus Döberitz schreiben, in Folge solcher  
Entstellungen werde jeder Arbeiter, der den  
Lehren eines Agitatoren entgegenstehe, als Verräther  
als ein von den „Schlotjüngern“ ausgeschickter  
Spion angesehen. Der „Reichsbote“ sagt hinzu:  
„Wir können es nur bedauern, daß das  
Obium weiter auf die Kirche und das Christen-  
thum fällt, weil es Kandidaten der Theologie  
sind, die sich zu solchen unnützen und nach allen  
Seiten hin bedenklichen Experimenten ergeben.  
Was die jungen Herren erlernen können, weiß  
man längst; jeder Geistliche, der sich um seine  
Gemeinde, insbesondere um die Armen und die  
Arbeiter kümmert, kennt die Leute besser, als sie  
ein solcher verkappter Kandidat der Theologie  
während ein paar Wochen in der Werkstatt der  
Kneipe kennen lernen kann. Wir halten es für  
geradezu geboten, daß die Kirchenbehörde den  
Kandidaten solche Simulantenreisen verbietet,  
widerigensfalls sie auf keine Anstellung im Kir-  
chendienst rechnen können: die Kirche darf auf ihre  
Geistlichen nicht den Schatten des Simulanten-  
thums fallen lassen. Dazu ist das geistliche Amt  
zu heilig!“

**Wien, 9. November.** Die Gestaltung der  
Erteilung des polnischen Sprachunterrichts durch  
die angestellten Lehrer an die Schulkinder in den  
Schulräumen hat, wie zu erwarten war, ver-

schiedene Mängel in ihrem Gefolge gehabt. An  
vielen Orten hat man seitdem ein immer dreifacheres  
Ausstreuen der polnischen Lehrer, Gehilfen,  
Lehrer und Unbefähigkeit deutschen Kollegen gegen-  
über wahrgenommen. Da dieser Unterricht viel-  
fach zu einer Zeit gegeben wird, wo sonst nur  
wenig anderer Unterricht stattfindet und deshalb  
eine Kontrolle seitens der im Schulgebäude meist  
nicht mehr anwesenden Anstaltsleiter nur aus-  
nahmsweise gelte, vielleicht auch absichtlich, da  
es sich ja nur um einen Privatunterricht handelt,  
vermieden wird, so haben sich hier und da Zu-  
stände entwickelt, die ein Einschreiten der Auf-  
sichtsbehörde angezeigt erscheinen lassen und die  
Erörterung der Frage dringlich machen, ob die  
Regierung nicht besser die ganz übel angebrachte  
Konfession zurücknimmt und einem Bruchtheil  
polnischer Eltern, welcher die Kenntnis des Pol-  
nischen in Schrift und Druck für ihre Kinder  
notwendig erachtet, es überläßt, anderweitig,  
etwa in Vereinen, diese Kenntnis ihren Kin-  
dern zu übermitteln. In einem Fall hat sich  
herausgestellt, daß polnische Lehrer in erklärlich  
Uebereifer die Kinder statt einer zwei Stunden  
lang in dem polnischen Sprachunterricht setze-  
halten haben, so daß aus zwei Stunden event.  
vier Stunden wöchentlich geworden sind. Um  
den Kindern ein recht umfangreiches Wissen bei-  
zubringen, sind ferner viel hässliche Arbeiten  
aufgegeben und dadurch der obligatorische Schul-  
unterricht geschädigt worden. Waren dann die  
Kinder nicht ordentlich vorbereitet, so sind  
exemplarische Züchtigungen in einem Umfang  
vorgekommen, der uns Deutschen wenigstens den  
Eindruck der Barbaei erweckt. Auch ein Ver-  
säumnis jenes „fakultativen“ Unterrichts hat man  
mit dem gleichen drastischen Mittel geahndet und  
war ist dies dann gleich in der nächsten katho-  
lischen Religionsstunde zur Anwendung gekom-  
men, einer lehrplanmäßigen Stunde, die doch in  
einen derartigen Zusammenhang mit jenem Frei-  
wahlunterricht zu bringen, wohl von jedermann  
als unangehörig gerügt werden wird. Darauf  
warten, daß dieser Unterricht von selber aufhöre,  
wird derartige Uebelstände gegenüber doch  
lang anhänglich sein. Daß er über kurz oder  
lang aufhören wird, ist allerdings sehr wahr-  
scheinlich; so schrieb z. B. die „Gazeta Torunska“  
in diesen Tagen:

„In Folge dieser Täuschungen und Hoffnun-  
gen (die Regierung werde den polnischen Sprach-  
unterricht demnächst wieder obligatorisch machen)  
ist an vielen Orten der polnische Sprachunter-  
richt eingestellt worden, und in den Schulkol-  
legien hört er ebenfalls auf, weil es an den erforder-  
lichen Fonds gebricht. Es bleibt heute nichts  
anderes mehr übrig, als bei dem polnischen  
Sprachunterricht zur Selbsthilfe zu greifen.“

**Wien, 9. November.** (W. T. B.) Ihre  
Majestät die Kaiserin kehrte heute Nachmittag  
5½ Uhr von Grödenhof wieder zurück und legte  
alsobald die Reise nach Neumünster fort, woselbst  
Hochfürstliche mit Sr. Majestät dem Kaiser  
zusammentraf. Beide Majestäten traten um 6¼  
Uhr Nachmittags die Rückreise nach Potsdam an.  
Sr. I. Hoheit der Prinzessin, welcher Sr.  
Majestät als Neumünster begleitet hatte, ist von  
da nach Darmstadt abgereist.

**Potsdam, 9. November.** (W. T. B.) Ihre  
Majestäten der Kaiser und die Kaiserin  
sind mittels Sonderzuges um 12 Uhr 25 Minu-  
ten hier wieder eingetroffen.

**Königsberg, 8. November.** Der sozial-  
demokratische Agitator und frühere Redakteur  
der „Gazeta Robotnicza“, Schumacher und Gal-  
tanteur Thiel, welcher sich mit dem Gedanken  
trug, hier eine sozialdemokratische Zeitung zu be-  
gründen, wurde vorige Woche wegen Aufreizung  
verhaftet. Bei dem Verhafteten wurden polnische  
demokratische Zeitungen und Zeitschriften, ebenso  
verschiedene Namensverzeichnisse beschlagnahmt.

**Hamburg, 9. November.** (W. T. B.) Der  
Senat hat den Beschlüssen der Bürger-  
schaft betreffend die Feuerbestattung seine Zustimmung  
erteilt, so daß die Feuerbestattung ins  
Leben treten kann und auch für auswärtige  
Leichen hieselbst vollzogen werden kann.

**Weimar, 8. November.** Der Großherzog  
nahm gestern seitens der vollständig hier anwesen-  
den juristischen Fakultät der Universität Jena,  
von der er vor 50 Jahren zum Ehrendoctor pro-  
mouiert war, den erneuerten Doctorbrief entgegen.  
In diesem wird der Großherzog als Schirmherr  
der Gerechtigkeit, der göttlichen und menschlichen  
Recht in der gewissenhaftesten Weise schütz, als  
Vater der Verfassung, als weiser, treuer, erfol-  
greicher Fürst, aufrichtiger Freund und Vorkämpfer  
des deutschen Reichs, als Staatslenker, der dem  
Staate erprobte Gesetze, neue, verbesserte, zeit-  
gemäße Einrichtungen verliehen hat, bezeichnet.

**München, 9. November.** (W. T. B.) Der  
Prinzregent hat die Wahl der Vater-Verband-  
Paris, Vater-Verband, Vorwärts-Pest und  
Tholen-Haag zu Ehrenmitgliedern der Kunst-  
akademie bestätigt.

**Stuttgart, 9. November.** Das von der  
Königin Olga von Württemberg hinterlassene Ver-  
mögen beläuft sich, gutem Vernehmen nach, auf  
circa vierundzwanzig Millionen Mark. Davon  
erhalten nach dem letzten Willen der Königin ihre  
Nichte und Pflegetochter Herzogin Biera von  
Württemberg, Großfürstin von Rußland, Wittve  
des Herzogs Eugen, zehn Millionen und die bei-  
den Töchter der Herzogin einige Millionen Mark.  
Der Prinzessin Pauline, Tochter des Königs,  
spricht das Testament eine Million zu, ebenso ist  
von kleineren Legaten abgesehen, die Stadt Stutt-  
gart mit einer Million Mark bedacht. Dem  
König fallen die zwei Millionen Mark zu, die  
König Karl hinterlassen hat. Von diesen sind  
aber die bedeutenden Zuwendungen und Vermäch-  
nisse zu bestreiten, die König Karl für seine  
Anstalten bestimmt hat.

**Wannheim, 9. November.** Der Führer  
der hiesigen Nationalliberalen und Mitglied des  
Berliner nationalliberalen Zentralvorstandes,  
Rechtsanwalt Ernst Wassermann, befuhrte in  
einer hier stattgefundenen Versammlung von  
Nationalliberalen unbedingten Zusammengehören  
der liberalen Parteien gegen die konfessionell-ultra-  
montanen Tendenzen, dies müßte die Partei für  
die eventuellen Reichstagsneuwahlen sein; das  
liberale Bürgerthum solle die in untergeordneten  
Fragen herrschenden Meinungsverschiedenheiten  
vergessen.

**Heilbronn, 9. November.** Die deutsche  
Volkspartei erklärte sich in einer Resolution be-  
züglich der Militärverträge für Einführung der  
zweijährigen Dienstzeit unter Beibehaltung der  
jetzigen Präsenzzeit. Ferner beauftragte sie den

Vertreter im Reichstag, jede Mehrbelastung und  
überhaupt die Belastung der mittleren und  
unteren Schichten der Bevölkerung abzulehnen,  
sowie Densitativität im Militärgerichtswesen,  
peinlichste Sparbarkeit im Paradenwesen und bei  
der Pensionierung der Offiziere entschieden zu  
verlangen. Die Partei verwirft durchaus das  
Quinquennat.

## Oesterreich-Ungarn.

**Wien, 9. November.** (W. T. B.) Ein  
Matrose von Raab eingetroffenen  
Schlepper ist plötzlich gestorben. Der Obduktions-  
befund ergab, daß wahrscheinlich asiatische Cholera  
vorliegt; die bakteriologische Untersuchung ist ein-  
geleitet.

**Wien, 9. November.** (W. T. B.) Der  
König und der Thronfolger von Rumänien  
treffen am Dienstag der nächsten Woche zu  
mehrwöchigem Aufenthalt hier ein. Dieselben  
werden als Gäste des Kaisers in der Hofburg ab-  
steigen.

**Wien, 9. November.** (W. T. B.) Der  
britische Vizekonsul Lord Baget hat einen mehr-  
wöchentlichen Urlaub angetreten und begibt sich  
nach London.

**Wien, 9. November.** (W. T. B.) In den  
letzten 24 Stunden kamen hier 8 Cholera-Erkrän-  
kungen und 2 Todesfälle, in Siegen 1 Erkrän-  
kung und kein Todesfall vor.

**Wien, 9. November.** In Folge der heute in  
dem Magnatenhaus angefertigten Annahme der  
Demission des Ministers Szapary herrscht große  
Rathlosigkeit unter der liberalen Partei. Ange-  
sichts der Ablehnung des Zivilis-Gesetzesentwurfes  
seitens der Krone ist die Möglichkeit eines kon-  
servativen Ministeriums näher gerückt. Der  
Zerfall der Regierungspartei ist wahrscheinlich;  
die Zentrumspartei ist ausgeschlossen. Die  
Zentrumspartei macht die größten Anstrengungen,  
um den Monarchen für die Annahme der Zivilis-  
e und die Beibehaltung der meisten Minister ohne  
Szapary zu gewinnen.

**Wien, 9. November.** (W. T. B.) Das  
Journal „Budapesti Hirlap“ schreibt, der Finanz-  
minister Weltere und Koloman Szell hätten  
ihnen Freunden erklärt, sie könnten das Mi-  
nisterpräsidenten, falls dasselbe ihnen angeboten  
würde, nicht übernehmen. Weltere berufe sich  
darauf, daß sein Nestor die volle Kraft eines  
Mannes erfordere.

## Niederlande.

**Amsterdam, 8. November.** Bei einem am  
24. September stattgefundenen Gefecht mit An-  
gehörigen der niederländischen Truppen  
schwere Verluste erlitten zu haben, da einige  
Offiziere gefallen und mehrere verwundet worden  
sind. Man hat sich an derartige von Zeit zu  
Zeit eintreffende Nachrichten nachgerade so ge-  
wöhnt, daß sie kaum mehr auf die Nerven  
wirken.

**Amsterdam, 9. November.** (W. T. B.) Aus  
Amsterdam und Breda wird je ein Cholera-  
Todesfall gemeldet.

## Belgien.

**Brüssel, 9. November.** Abends 8 Uhr 20  
Min. (W. T. B.) Die Garnison ist konfignirt,  
die Posten sind verdoppelt.

## Frankreich.

**Paris, 9. November.** (W. T. B.) Das  
Journal „Liberté“ veröffentlicht einen mit dem  
Dampfer „Thibet“ eingetroffenen Brief aus Ro-  
tton, in dem es heißt, die Expeditionskolonne  
des Obersten Dobs sei in Folge von Verlusten  
und durch Krankheiten auf 1800 Mann zu-  
sammengesunken. Ueberdies machte sich ein  
Mangel an Lebensmittel fühlbar, weshalb die  
der Fremdenlegion angehörigen Mannschaften mit  
Grazgeheuten versehen worden seien. In Por-  
tonovo befindet sich kein französischer Soldat  
mehr, alle Mannschaften seien der Hauptkolonne  
nachgeschickt worden. Unter dem Kommando des  
Majors Andouf sei eine kleine Kolonne von  
Groschopos am 6. Oktober gegen Abomey ab-  
marschirt. Man nehme an, daß König Behanzin  
jetzt über etwa 30,000 Krieger verfüge. Die Ar-  
istler der Dahomeyer sei geschickt geleitet, wahr-  
scheinlich von portugiesischen Meßingen. Man  
glaube, Behanzin werde nach dem Falle von Abo-  
mey eine Schenkung gegen Portonovo und Ro-  
tton versuchen.

**Paris, 9. November.** (W. T. B.) Ein  
Telegramm aus Portonovo meldet, Oberst Dobs  
habe sich nach heftigem Widerstande Kanak be-  
wachtigt. Die Verluste der Franzosen betrugen  
11 Tote und 42 Verwundete. Der Gesund-  
heitszustand der Truppen sei zufriedenstellend.

Ein weiteres den Zeitungen zugegangenes  
Telegramm aus Portonovo besagt, die Einnahme  
von Kana sei die für den Feldzug entscheidende  
Operation. Der Eindruck dieser Nachricht werde  
im ganzen Lande ein tiefer sein. Die Einnahme  
von Abomey, das etwa 15 Kilometer von Kana  
entfernt liegt, werde als unmittelbar bevorstehend  
angesehen. Die Arme der Dahomeyer, von den  
Zeitungsberichten verlassen, sei demoralisirt.

**Paris, 9. November.** (W. T. B.) Die  
Zeitungen veröffentlichen ein Telegramm aus  
Portonovo, nach welchem Oberst Dobs sich vor-  
genommen hat, nach der Einnahme von Abomey  
nicht in dieser Stadt stehen zu bleiben, noch die-  
selbe dauernd besetzt zu halten; sein Plan bestche  
vielmehr darin, die Stadt völlig niederzubrennen  
und den Dahomeern auf diese Weise eine Züch-  
tigung zu Theil werden zu lassen, an die sie lange  
denken würden.

**Paris, 9. November.** (W. T. B.) Der  
bestimmte Vernehmen nach wird Oberst Dobs in  
Folge der Einnahme von Kana zum General be-  
fördert werden.

**Paris, 9. November.** (W. T. B.) Der  
Unternehmer des Werkes der Fortführung der  
Panama-Kanal-Arbeiten, Fiebard, theilte in einer  
auf heute Nachmittag berufenen Versammlung  
den Direktoren der hiesigen Journale seinen Re-  
solutionsplan mit. Dieser wird morgen ver-  
öffentlicht werden.

**Paris, 9. November.** Die gestrigen Er-  
kenntnisse werden voraussichtlich weitergehende po-  
litische Folgen zeitigen. Eine Regierung, in de-  
ren Schuldbuche diese blutige Schuttpothese  
der Affäre von Carmaux steht, kann als verur-  
theilt gelten. Wenn gestern Ministerpräsident  
Loubet mit überwältigender Mehrheit ein Ver-  
trauen votum erhielt, so ist dies dem Umfange  
zufolge, daß alle republikanischen Parteien  
durch ihr in der vorigen Woche anlässlich der De-

batte über den Streit von Carmaux abgegebenen  
Votum gebunden waren und eine Politik beden-  
ken, die sie selbst ihre Zustimmung gegeben  
hätten. Außerdem wagten die Radikalen nicht  
unter dem Eindruck des Augenblicks der Mehr-  
heit die Heeresfolge zu versagen. Aber allgemein  
empfand man, daß das Kabinett, welches gegen-  
über den Ausschreitungen in Carmaux solche  
Schwäche bekundet, indertret verantwortlich ist für  
die immer ärger werdenden Ausschreitungen der  
Sozialisten und Anarchisten. Man erwartet auch  
wenig von der gegenwärtigen Regierung, die man  
bestehen lassen wird, bis sie durch die Einbrin-  
gung von Gesetzen einige Verhütung geschaffen  
hat, um sie dann bei der nächsten Gelegenheit  
über einen geringfügigen Anlaß zum Stolpern zu  
bringen.

Die Räumungsarbeiten an der Unglücks-  
stätte, welche gestern Nacht begannen, sind jetzt  
beendet. Die Befürchtung, man werde vielleicht  
unter den Schutthaufen noch weitere Leichen fin-  
den, war grundlos, man fand bloß formlose  
menschliche Ueberreste, die einen ganzen Korb  
füllten, außerdem einen Hut und einen Regen-  
schirm, die beide vollständig unverfälscht waren.

Das Gebäude selbst, ein zweihundert Jahre  
altes Haus, hat dank seiner soliden Konstruktion  
— die Mauern haben eine Dicke von fünfzig  
Zentimeter — wenig gelitten, nur sind sämt-  
liche Fenster derselben zertrümmert. Ueber dem  
Polizeiamt befinden sich die Magazine des befan-  
nten Verlegers Dentu, in welchen Bücher im Ge-  
wichte von achtzigtausend Kilogramm lagern. Man  
glaubt, daß diese ungeheure Masse vom Dynamit  
nicht bewältigt werden konnte und das Haus  
durch ihren Widerstand vor ärgeren Verwüstungen  
geschützt habe.

Für die Opfer des Verbrechens giebt sich  
hier allenthalben das tiefste Mitleid kund, und es  
wird eine großartige Hilfsaktion eingeleitet. Frau  
Heine spendete bereits 5000 Franken für die Hin-  
terbliebenen. Besondere Theilnahme erweckt das  
Schicksal der Familie des Agenten Faumoria,  
der nicht nur eine Witwe und ein Kind, sondern  
auch eine greise Mutter hinterläßt, der er von  
seinem fargen Solde monatlich zwanzig Franken  
abgab.

Das Haus der Compagnie Carmaux in der  
Avenue de l'Opera, ebenso wie die Büreaudome  
der Gesellschaft sind der Gegenstand weitver-  
breiteter Ueberwachung, wie es bisher die Wohnhäuser  
des Baron de Reille und des früheren Präsidenten,  
Marquis Solages, gewesen sind, an welche beiden  
als Drohbriefe persönlich gerichtet waren. Wenn  
gegen alle Erwartung das Attentat dennoch gegen  
die Büreaus der Gesellschaft ausgeführt wurde,  
so geschah dies wohl nur, weil bekannt war, daß  
Reille die Vermittlung meist dafelbst zuzubringen  
pflegte; gestern war er ausnahmsweise nicht dort.

Ueber die Verschaffenheit der Sprengmasse  
ist man noch immer auf Hypothesen angewiesen.  
Der Direktor des städtischen Laboratoriums,  
Girard, und andere Sachleute beharren bei der  
Ansicht, daß es eine bombe à renouveau war,  
deren Herstellung große Geschicklichkeit und  
Uebung verwalte. Auf der Polizeipräfektur herrscht  
die Ansicht, daß der Anfall der Bomben von einem  
im vergangenen Sommer auf der Eisenbahnlinie  
Roanne-Chapelle verübten Dynamitdiebstahl her-  
rühre. Wenn dies richtig ist, dann befallen die  
Anarchisten noch Material für mehr als zehn  
ähnliche Attentate, da damals über hundert Ki-  
logramm Dynamit verschwanden. Direktor Girard  
äußerte auch die Befürchtung, daß das gestrige  
Unternehmen nur den Anfang einer ganzen Serie  
bezeichne.

Der einzige ernsteste Verdacht der Urheber-  
schaft richtet sich gegen den berüchtigten belgischen  
Anarchisten Schouppre, der sich in den letzten  
Tagen heimlich in Paris aufhielt, und gegen den  
die Polizei einige gewichtige Indizien aufgebracht  
hat. Bisher ist indeß in der Sache noch keine  
Verhaftung vorgenommen worden.

**Paris, 9. November.** (W. T. B.) Der  
Municipalrath nahm in seiner heutigen Sitzung  
einstimmig eine Tagesordnung an, in welcher der  
Entschluß über das gestrige Attentat in der Rue  
des Bons Enfans Ausdruck gegeben und be-  
schlossen wird, die Verurteilung der durch die Ex-  
plosion Verunglückten auf Kosten der Stadt Pa-  
ris stattfinden zu lassen.

**Paris, 9. November.** (W. T. B.) Der  
Municipalrath von Paris nahm ferner eine Ta-  
gesordnung an, in welcher der Polizei-Präfect er-  
sucht wird, für die Witwen und Waisen der  
Opfer des jüngsten Dynamit-Attentates Pensionen  
in Vorschlag zu bringen.

## Italien.

**Rom, 7. November.** Trodsdem es in einigen  
hundert Wahlbezirken zu einer Stichwahl, welche  
am nächsten Sonntag stattfindet, kommen wird,  
so kann man schon jetzt voraussetzen, daß die  
ministerielle Partei einen großen Sieg zu ver-  
zeichnen hat. Das Kabinett Giolitti wird beim  
Zusammentritt der neuernannten Kammer über  
eine große Mehrheit verfügen, welche sich zu be-  
wahren dem Gesicht des leitenden Ministers an-  
heimgegeben ist. Da auch die konstitutionelle  
Opposition erklärt hat, den Finanzprojekten der  
Regierung mit Wohlwollen begegnen zu wollen,  
so steht zu erwarten, daß wenigstens die bren-  
nende Frage der Finanzen ohne ernste Störung  
erledigt werden kann. Wie bereits vorhergesagt,  
zeigt nach den eben vollzogenen Wahlen die neue  
Kammer fast dasselbe Gesicht, wie die vorige, nur  
mit dem für die Regierung günstigen Ergebnis,  
daß die radikale Partei nicht nur geschwächt, son-  
dern einige ihrer bedeutendsten Führer verloren  
hat. So sind die Herren Nafan, Pantano,  
Canzio, Ferrati, Fratti, Turci u. s. w. im  
Wahlkampf geschlagen worden und wird mög-  
licherweise auch der große Sprecher Imbriani  
in der Stichwahl unterliegen. Auch die Wahl  
Cavalotti gilt durchaus noch nicht als gesichert.  
Wie in ganz Italien, so ist auch in Rom der  
Wahltag ruhig und ohne Zwischenfall ver-  
laufen. Aus der Wahl als Sieger hervorgegangen  
sind für die Hauptstadt die Herren Nitti, Bo-  
cellini, Antonelli und Barzilai, während Simonetti  
mit Montenegro nochmals um den Deputaten-  
sitz zu kämpfen hat.

An die feierliche Audienz, welche Großfürst  
Sergius von Rußland mit seiner Gemahlin beim  
Papste erhalten hat, werden mehrfache Kombina-  
tionen geknüpft. Durch die Abwesenheit der ita-  
lienischen Majestäten von Rom waren die in  
Folge der Zwischigkeiten zwischen Curial und  
Papst herrschenden Unklarheiten in diesem  
Falle nicht vorhanden. Die geheime Unterredung



